I. **Anmeldung**

TOP:

Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum 15.12.2016

öffentlich

Betreff:
Lkw-Parken in Wohngebieten
hier: Initiative zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung

Anlagen:
Entwurf Schreiben an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
AfV	06.10.2016	☒	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 06.10.2016 wurde im Zusammenhang mit dem Thema Parken von Lkw in Wohngebieten die Verwaltung beauftragt, eine Initiative zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung zu starten. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, das Schreiben in Anlage als offizielle Initiative der Stadt Nürnberg an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie in Abdruck an das Bayerische Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr und an die Regierung von Mittelfranken zu übermitteln. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Deutschen Städtetag sowie den Bayerischen Städtetag um Unterstützung zu bitten.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Es sind keine diversityrelevanten Belange betroffen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. VI/Vpl**

Nürnberg,
Referat VI

(4919)